

Artikel

Keine Medikamentenpreiserhöhungen auf dem Rücken der Prämienzahler

Angesichts des Drucks der Pharmaindustrie, der durch die Preissenkungen für Medikamente in den USA entsteht, versucht die Pharmabranche, die ohnehin hohen Medikamentenpreise in der Schweiz weiter zu erhöhen. prio.swiss wehrt sich für die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler dagegen und begrüsst die Bestätigung des Bundesrats in seinen Antworten auf zwei Motionen, dass er keine Preiserhöhungen auf Arzneimitteln auf der Spezialitätenliste aufgrund der Diskussionen mit den USA plant. Der Bundesrat hält daran fest, dass die vom Parlament beschlossenen Massnahmen im Bereich der Medikamente schnell umgesetzt werden. So können Einsparungen von mehreren hundert Millionen Franken zugunsten der Versicherten erzielt werden.

Bereits heute stehen die Versicherten unter starkem Kostendruck. Medikamente verursachten 2024 Ausgaben von rund 9,4 Milliarden Franken und machen damit rund ein Viertel der Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) aus. Dieser Ausgabenbereich wächst seit Jahren kontinuierlich, insbesondere aufgrund immer höherer Preise für neue Medikamente.

So ist der durchschnittliche Preis eines neu zugelassenen Medikaments zwischen 2010–2014 von rund 860 Franken auf über 1'500 Franken in den Jahren 2020–2024 gestiegen – eine Zunahme von fast 80 Prozent innerhalb von zehn Jahren (Quelle: Helsana). Haupttreiber dieser Entwicklung ist nicht ein höheres Absatzvolumen, sondern die Tatsache, dass neue Wirkstoffe zunehmend zu sehr hohen Einstiegspreisen auf den Markt kommen.

Medikamente deutlich teurer in der Schweiz

Auch im internationalen Vergleich besteht kein Nachholbedarf: Die Medikamentenpreise in der Schweiz liegen bereits heute um 5 bis 10 Prozent über jenen der Referenzländer bei patentgeschützten Präparaten und teilweise bis doppelt so hoch bei Generika. Zusätzliche Preiserhöhungen wären daher weder sachlich gerechtfertigt noch systemisch notwendig.

Die Schweiz verfügt über bewährte Regulierungsmechanismen. Die Preisfestsetzung orientiert sich unter anderem am therapeutischen Nutzen und ermöglicht es, echte Innovationen gezielt zu fördern. Anders als in den USA, wo die Medikamentenkosten über staatliche Programme sowie einen bedeutenden privaten Anteil finanziert werden, werden die meisten Arzneimittel in der Schweiz über die OKP vergütet – mit direkter Wirkung auf die Prämien.

Keine undemokratische Preisanpassung

Medikamentenpreise können zudem nicht willkürlich oder unter internationalem Druck angepasst werden. Sie beruhen auf einem klaren gesetzlichen Rahmen, der vom Parlament beschlossen wurde und transparent ist. Allfällige Änderungen müssen in einem ordentlichen demokratischen Prozess diskutiert werden – nicht im Rahmen von Ausnahmeregelungen oder geopolitischen Auseinandersetzungen.

Das bestätigt auch der Bundesrat in seiner Antwort auf die Motionen 25.4379 und 25.4173 «Keine Medikamentenpreiserhöhungen aufgrund des Zoll-Streits mit den USA». Er hält darin fest, dass er keine Preiserhöhungen bei Arzneimitteln der Spezialitätenliste (SL) aufgrund der verschiedenen Diskussionen rund um die Zoll-Fragen mit den USA plant. Zudem bestätigt der Bundesrat, die vom Parlament mit dem Kostendämpfungspaket beschlossenen Massnahmen für einen besseren Zugang zu neuen Medikamenten und die Versorgung mit kostengünstigen Medikamenten sowie gegen die steigenden Gesundheitskosten bei den Medikamenten zeitnah umzusetzen.

Für prio.swiss ist zentral, dass kostendämpfende Massnahmen wie das Kostenfolgemodell für umsatzstarke Medikamente (Art. 52e KVG) rasch umgesetzt werden. Gemäss Bundesamt für Gesundheit lassen sich damit Einsparungen von 300 bis 400 Millionen Franken pro Jahr erzielen – ein wichtiger Schritt für die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler.

Für den Verband der Schweizer Krankenversicherer ist unbestritten, dass die für die Schweiz und den medizinischen Fortschritt bedeutende Pharmabranche vor grossen Herausforderungen steht und dass standortpolitischer Handlungsbedarf besteht. Jedoch darf Standortpolitik nicht zu Lasten der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler betrieben werden. Denn die Wertschöpfung einer Branche zeigt sich unter anderem im Bereich der Steuereinnahmen, deshalb müssen standortpolitische Massnahmen zwingend über den steuerfinanzierten Bereich oder mittels regulatorischer Entlastungen realisiert werden und nicht über eine Sozialversicherung.

Aus Sicht von prio.swiss besteht Potenzial bei den Preisfestsetzungsmechanismen zwischen dem Bundesamt für Gesundheit, BAG, und der Pharmabranche. Diese können rasch überarbeitet werden, um diese Prozesse regulatorisch zu entschlacken und zu beschleunigen. prio.swiss arbeitet in den entsprechenden Gefässen aktiv mit. Ebenso ist prio.swiss bereit, gemeinsam mit der Pharmabranche und weiteren Vertretern der Gesundheitsbranche nach alternativen Lösungswegen zu suchen, um die Versorgungssicherheit und den Zugang zu Medikamenten auch künftig sicherzustellen.

Bern, Februar 2026